

Ist die geplante Versteigerung von CO₂-Zertifikaten sinnvoll?

+ **P R O** Klimaschutz ist eine Chance, keine Belastung. Effizientere Technologien, eine wesentlich dezentralere Energieversorgung und die konsequente Umstellung auf erneuerbare Energien werden Lebensqualität und Wohlstand erhöhen. Und sie ermöglichen es, immer weniger Treibhausgase zu emittieren und damit den Klimawandel abzubremsern. Die Auktionierung von CO₂-Rechten ist für diese industrielle Revolution ein wichtiges Instrument. Politik und Gesellschaft wären hoffnungslos überfordert, auf Dauer die Regeln für die Ausstattung der einzelnen Unternehmen mit den immer knapperen CO₂-Rechten aufzustellen. Die erste Phase des Emissionshandels ist dafür ein abschreckendes Beispiel. Wenn CO₂ einen Preis bekommt, dann regelt der Markt diese Verteilung. Die Einsparung von Treibhausgasen wird dort erfolgen, wo sie am günstigsten ist oder sich Investoren einen Technologievorsprung erhoffen. Der Politik kommt die Aufgabe zu, diese Marktprozesse durch die Unterstützung von Forschung, durch die Förderung der Markteinführung neuer Technologien, durch ein klares Ordnungsrecht und durch faire internationale Abkommen zu unterstützen und dort zu ergänzen, wo marktwirtschaftliche Instrumente blind sind.

Ulrich Kelber
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

- **C O N T R A** Aus der Sicht des Verbandes der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) ist die Frage eindeutig mit einem Nein zu beantworten. Das Emissionshandelssystem soll marktbasierend zu einer möglichst kostengünstigen CO₂-Vermeidung führen. Sobald nur noch eine limitierte Zahl von CO₂-Zertifikaten im Markt ist, wird dieses ökologische Ziel automatisch erreicht – gleich ob die Zertifikate versteigert oder verschenkt werden. Eine Auktion würde nur zusätzlich und unnötig die Kosten und damit auch die Strompreise weiter nach oben treiben, ohne eine weitere Senkung der CO₂-Emissionen. Allerdings schadet eine Versteigerung den Stromkunden in Deutschland ganz direkt. Sie macht aus fiktiven Opportunitätskosten richtige Kosten, die die Stromunternehmen dann auch zu Recht einpreisen. Dies könnte das Bundeskartellamt nicht mehr beanstanden. So würde eine Versteigerung zwar den Missbrauch der Opportunitätskosten formal beenden, der Strompreis für die Kunden bliebe aber überhöht. Anstelle der Strombranche würde sich der Staat diese ungerechtfertigten Zusatzeinnahmen sichern. Die unnötig hohen CO₂-bedingten Strompreise wären damit zementiert ohne den geringsten zusätzlichen Umweltvorteil.

Dr. Alfred Richmann
Geschäftsführer des VIK